

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 35/39
Telex: 05 86 846 ppbn d

Inhalt

Rudi Walther MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises "Öffentliche Finanzwirtschaft" der SPD-Bundestagsfraktion, verweist auf die inneren Widersprüche des Regierungsprogramm von CDU/CSU und FDP: Wortbruch und Prinzipienlosigkeit.

Seite 1

Rudolf Bindig MdB hält die Ankündigung von Neuwahlen im März für ein trickreiches Schwindel-mänöver von CDU/CSU/FDP; Ein abgekartetes Spiel.

Seite 3

Anke Martiny MdB beschreibt, was die Verbraucher von Kohl/Strauß und Genscher/Lambsdorff zu erwarten haben: Für die Zukunft kann man nur schwarz sehen.

Seite 5

Heinrich Klein MdB schildert das Auf und Ab der hessischen F.D.P. in knapp vier Jahrzehnten: Ein unheimlich starker Abgang.

Seite 6

Dokumentation

Peter von Oertzen zu den Möglichkeiten und Gefahren der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik: Realität und Utopie (Teil II).

Seite 8

37. Jahrgang / 185

29. September 1982

Wortbruch und Prinzipienlosigkeit

Das Regierungsprogramm von CDU/CSU und FDP

Von Rudi Walther MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises "Öffentliche Finanzwirtschaft" der SPD-Bundestagsfraktion

Das Ergebnis der Koalitionsgespräche von CDU/CSU und FDP ist ein Dokument des Wortbruchs, der Prinzipienlosigkeit und der inneren Widersprüche, das vor allem auf das schlechte Gedächtnis der Bürger setzt. Man hat den Eindruck, die führenden Vertreter von CDU/CSU/FDP wechselten ihre Meinung wie andere Leute ihre Hemden. Einige Beispiele:

- Genscher am 9. September - als die FDP noch mit der SPD koalierte - über den Bundeshaushalt 1983: "Dort heißt die Entscheidung: solide Finanzpolitik oder Flucht in die Verschuldung". Drei Wochen später beschließt Genscher gemeinsam mit der CDU/CSU eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme um mindestens acht Milliarden DM auf 36,5 Milliarden DM.

- Der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU, Dr. Haefele, bezeichnete laut FAZ vom 23. September 1982 den Gedanken an eine Ergänzungsabgabe, in welcher Form auch immer, als "vertrauens- und damit konjunkturschädigend". Jetzt einigen sich CDU/CSU und FDP auf eine als Zwangsanleihe kostümierte Ergänzungsabgabe.

- Helmut Kohl am 8. Februar 1982 auf einer Sitzung des CDU-Präsidiums in Bonn: "Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zum jetzigen Zeitpunkt ist ganz und gar unvernünftig. Dadurch würden nicht neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern die noch bestehenden zusätzlich gefährdet." Jetzt beschlossen: Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Juli 1983 um Ein-Prozent-Punkt.

- Dr. Haefele am 15. September im Deutschen Bundestag: Das Abführen des Bundesbankgewinns in Höhe von zehn Milliarden DM an den Bundeshaushalt sei "haushaltspolitisch sogar schlimmer als eine Neuverschuldung". In der Koalitionsvereinbarung wird der Ansatz jetzt von zehn auf zwölf Milliarden DM erhöht.



- Das aber, was in der Vergangenheit immer wieder als Wundermittel von der Union propagiert wurde, nämlich ein linearer Abbau von Subventionen und sonstigen Leistungen, um einen bestimmten Prozentsatz, ist im ganzen Koalitionspapier nicht mit einem einzigen Wort erwähnt.

Wir Sozialdemokraten behaupten keineswegs, daß das alles flasch ist. Wir weisen aber aber darauf hin, daß CDU/CSU und FDP das meiste über Bord geworfen haben, was sie noch vor wenigen Wochen gefordert haben. Die Unionsparteien machen heute selbst das, was sie noch vor kurzer Zeit an den Plänen der sozial-liberalen Regierung immer wieder kritisiert haben.

Eine mögliche neue Regierung Kohl/Strauß/Genscher hat sich schon jetzt den Ruf einer Regierung des Wortbruchs erworben. Vertrauen kann daraus nicht entstehen: Weder bei Arbeitnehmern, noch bei Unternehmern, weder im Inland noch im Ausland.

Das Prinzip des sozialen Ausgleichs soll für eine solche Regierung offenbar nicht mehr zählen. Bei den Kürzungsvorschlägen handelt es sich um eine groß angelegte Umverteilungsaktion zu Lasten der Arbeitslosen, Rentner, Schüler, Studenten, Mieter und Kranken. Echte dauerhafte Belastungen der Besserverdienenden sind nicht vorgesehen.

Beschäftigungspolitisch fällt die Koalitionsvereinbarung sogar hinter das Lambsdorff-Papier zurück; ein Miniprogramm soll den Wohnungsbau beleben und verspricht im Übrigen den Unternehmen massive Steuererleichterungen.

In den Vereinbarungen ist keine klare Gesamtrechnung der finanziellen Auswirkungen zu finden. Wurden vor wenigen Tagen noch Haushaltslücken von bis zu 50 Milliarden DM entdeckt, ist davon plötzlich nicht mehr die Rede. Die Einsparbeträge scheinen in vielen Bereichen kaum realisierbar; Verschiebungen im Bereich von Wohngeld, Arbeitslosenhilfe bleiben unberücksichtigt.

Nimmt man das alles zusammen, wird klar, daß hier mit der heißen Nadel ein unausgegorenes Programm zusammengeflickt wurde, das zudem den sozialen Ausgleich gefährdet und die notwendigen beschäftigungspolitischen Initiativen unterläßt.

In Richtung auf die FDP ist die Frage zu stellen: Wo liegt denn der wirkliche Grund für den Koalitionsbruch? Denn wenn die FDP gegenüber der SPD zu den gleichen Zugeständnissen bereit gewesen wäre, wie gegenüber der CDU/CSU, gäbe es heute noch die sozial-liberale Koalition mit einer klaren Mehrheit im Deutschen Bundestag. Dann könnte der Ausbau des liberalen und sozialen Rechtsstaats im Innern und die Politik der friedlichen Zusammenarbeit nach Außen fortgesetzt werden. Bis Freitag haben die Liberalen noch Bedenkzeit; sie sollten sie nutzen. (-/29.9.1982/ks/ca)

+ + +



Ein abgekartetes Spiel

Die Ankündigung der Neuwahl im März ein trickreiches Schwindelmanöver von CDU/CSU und FDP

Von Rudolf Bindig

Mitglied des Deutschen Bundestages

Nach den eindeutigen Äußerungen von Verfassungsrechtlern, daß ohne Manipulation des Grundgesetzes im März keine Neuwahlen durchgeführt werden können, wächst der Verdacht, daß es sich bei den öffentlichen Äußerungen von Politikern der CDU/CSU und FDP über geplante Neuwahlen im Frühjahr nächsten Jahres um ein groß angelegtes, trickreiches Täuschungsmanöver handelt, bei dem auch dem Bundespräsidenten eine Rolle zugeordnet ist. Die sich bildende Koalition vertraut offensichtlich darauf, daß der Bundespräsident bei einem "programmierten Scheitern" einer Vertrauensfrage nach Artikel 68 Absatz 1 des Grundgesetzes, seiner verfassungsrechtlichen Pflicht nachkommen wird, und sich einer formalen Benutzung des Artikel 68 des Grundgesetzes entgegenstellen wird und damit Neuwahlen unmöglich werden.

Nach übereinstimmender Meinung aller Verfassungsrechtler, die sich in letzter Zeit zu der Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Neuwahl des Bundestages über eine künstlich geschaffene Situation nach Artikel 63 Absatz 4 Satz 3 oder Artikel 68 Absatz 1 des Grundgesetzes geäußert haben, würde eine formale Benutzung dieser Grundgesetzbestimmungen trotz intakter Mehrheit zu einer völligen Verkehrung dessen führen, was das Grundgesetz will.

Auch ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages über die "Voraussetzungen für die Bundestagsauflösung nach Artikel 68 Grundgesetz (GG)", welches auf meinen Auftrag hin kurzfristig angefertigt wurde, kommt in seiner Sachdarstellung zu der Auffassung, daß weder über einen Rücktritt des Bundeskanzlers noch über eine künstlich herbeigeführte Niederlage bei einer Vertrauensfrage von einem Bundeskanzler, der eigentlich über eine Mehrheit im Parlament verfügt, Neuwahlen herbeigeführt werden können. Das Gutachten kommt zu der Folgerung, daß ein Kanzler schwerlich zurücktreten könne, um über Artikel 63 Absatz 4 zu Auflösung und Neuwahlen des Bundestages zu kommen, "weil er sich dann über die Schritte des Artikels 63 GG mehrfach desavouieren lassen müßte".

Für den Fall, daß ein Kanzler eine an sich klare, regierungsfähige Mehrheit im Bundestag hat, spricht die gesamte Konstruktion des Grundgesetzes dafür, daß dann Auflösung und Neuwahlen nicht zulässig sind. "Das ergibt sich daraus, daß der Bundespräsident nach Scheitern der Vertrauensfrage und nach Lösungsvorschlag des Kanzlers den Bundestag auflösen kann, aber nicht muß. Das Ermessen des Bundespräsidenten in dieser Entscheidung muß im Einklang mit dem Willen der Verfassung ausgeübt werden. Das bedeutet: Der Bundespräsident muß sich vergewissern, ob nicht eine Mehrheit für einen - eventuell anderen - Kanzler vorhanden ist, ob also Neuwahlen zwingend sind, um zur parlamentarischen Handlungsfähigkeit zu kommen." Für den von der CDU/CSU-FDP-Koalition angekündigten Ablauf - erst konstruktives Mißtrauensvotum nach Artikel 67 Grundgesetz mit Wahl des CDU-Vorsitzenden Dr. Kohl zum Bundeskanzler, dann dessen Vertrauensfrage nach Artikel 68 GG mit "programmierten" Scheitern nebst Lösungsvorschlag an den Bundespräsidenten - bedeutet dies - "daß die beim Mißtrauensvotum unter Beweis gestellte Kanzlermehrheit erst wieder zerfallen sein müßte, bevor der Bundespräsident eine fehlende Mehrheitsfähigkeit des Bundestages als mindestens wahrscheinlich konstatieren und die Auflösung verfügen könnte".

Wenn von seiten der CDU/CSU und der FDP trotz dieser verfassungsrechtlichen Lage öffentlich immer wieder von geplanten Neuwahlen im nächsten Frühjahr - konkret am 6. März - gesprochen wird, so wächst der Verdacht, daß die Öffentlichkeit getäuscht werden soll, da diese Politiker offensichtlich heimlich darauf vertrauen, daß der Bundespräsident



aus verfassungsrechtlichen Gründen eine Auflösung des Bundestages und Neuwahlen nicht zulassen wird. Mit Schreiben vom 24. September 1982 habe ich den Bundespräsidenten gebeten, allen Mitgliedern des Deutschen Bundestages sein Verfassungsverständnis in dieser Frage mitzuteilen. Ebenso habe ich den Präsidenten des Deutschen Bundestages gebeten, im Ältestenrat umgehend eine Klärung dieser verfassungsrechtlichen Frage vorzunehmen.

In seiner (gerade eingehenden - 10.35 Uhr) Antwort hat der Bundespräsident sein Verfassungsverständnis in der entscheidenden Frage nicht dargelegt. Im wichtigsten Punkt hat er sich bedeckt gehalten. Eine klare Äußerung des Bundespräsidenten wäre erforderlich gewesen. Die Antwort des Bundespräsidenten lautet:

Sehr geehrter Herr Bindig,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 24. September 1982. Sie fragen nach meiner Interpretation des Artikel 63 Absatz 4 Satz 3 und Artikel 68 Absatz 1 GG und sagen, daß die Klärung dieser Frage von großer Bedeutung für die Entscheidungen sein könne, die in der nächsten Woche im Deutschen Bundestag zu fällen seien.

Zu dem letzteren Punkt darf ich zunächst folgendes bemerken: Falls der Bundestag dem Bundeskanzler das Mißtrauen dadurch ausspricht, daß er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu ernennen, muß der Bundespräsident dem Ersuchen entsprechen und den Gewählten ernennen (Artikel 67 GG). Aus der Fassung des Artikels geht eindeutig hervor, daß der Bundespräsident hier keinen Ermessensspielraum hat.

Anders ist die Rechtslage nach den beiden von Ihnen genannten Artikeln des Grundgesetzes. Hier kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers den Bundestag auflösen, falls ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages findet (Artikel 68 Absatz 1 GG). Der Wortlaut läßt erkennen, daß der Bundespräsident einen Ermessensspielraum hat. Er muß nach meinem Verfassungsverständnis nach pflichtgemäßem Ermessen unter Abwägung aller relevanten Umstände entscheiden.

Welche Gesichtspunkte dabei im einzelnen zu beachten sind, wird sich erst in dem Zeitpunkt abschließend beurteilen lassen, in dem die Entscheidung zu fällen ist. Das gleiche gilt für den von Ihnen angezogenen Artikel 63 Absatz 4 Satz 3, der dem Bundespräsidenten ein Wahlrecht einräumt, entweder den Bundestag aufzulösen oder den vom Bundestag zum Bundeskanzler Gewählten zu ernennen, falls der Gewählte im dritten Wahlgang zwar die meisten Stimmen, aber nicht die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigt.

Mit freundlichen Grüßen

(-/29.9.1982/ks/ca)

+ + +



Für die Zukunft kann man nur schwarz sehen

Was die Verbraucher von Kohl/Strauß und Genscher/Lambsdorff zu erwarten haben

Von Dr. Anke Martiny MdB

Beauftragte des SPD-Parteivorstandes für Verbraucherpolitik

Wenn demnächst Kohl/Strauß und Genscher/Lambsdorff die Bundesregierung bilden sollten, werden die Verbraucher wenig Freude daran haben. Die Sozialdemokraten haben während ihrer Regierungszeit den von CDU-Regierungen hinterlassenen Reformstau in der Verbraucherpolitik abgebaut und wichtige Verbesserungen im Verbraucherschutz und in der Verbraucherinformation erreicht. Diese erfolgreiche Reformpolitik wurde in der letzten Zeit durch zunehmenden Widerstand aus den Reihen der CDU/CSU und der FDP behindert.

Die Gründung und Finanzierung der Stiftung Verbraucherinstitut konnte nur gegen den Widerstand der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag durchgesetzt werden.

Der Widerstand aus den FDP geführten Ministerien Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) und Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BMELF) gegen wirksame Verbraucherschutzmaßnahmen der Verbraucherorganisationen wie Preisvergleiche, Rechtsberatung und Unterstützung in Beschwerdefällen oder Aufklärung über die Ursachen der Qualitätsverschlechterung bei Fleisch waren deutliche Anzeichen dafür, was die Verbraucher unter einer konservativen Regierung zu erwarten haben.

Die notwendige Weiterentwicklung der Verbraucherschutzgesetzgebung zum Beispiel im Bereich der Produkthaftung, der Werbung und bei aggressiven Vertriebsmethoden, im Kredit- und Versicherungsbereich wurde von konservativen Beamten und Politikern in den Ministerien, im Bundestag, im Bundesrat und auf europäischer Ebene verzögert und entgegen den Interessen der Verbraucher zum Teil in unerträglicher Weise verwässert.

Für die Zukunft kann man nur schwarz sehen.

Verbraucherinformation wird dann auf Marktberichte und Warenkunde und absatzstimulierende Qualitätsvergleiche beschränkt. Die notwendige organisatorische und inhaltliche Öffnung der Verbraucherorganisationen für Verbraucherinitiativen und bedrückende Verbraucherprobleme wie zum Beispiel "Gesunde Ernährung", "Kreditwucher", "Benachteiligung im Versicherungsbereich" oder "Energie- und Umweltprobleme" werden verhindert, so daß in Zukunft Verbraucherinteressenvertretung zunehmend ohne oder vielleicht sogar gegen die öffentlich finanzierten Verbraucherorganisationen geleistet werden muß.

Es besteht die Gefahr, daß unter dem Vorwand der Entbürokratisierung und "deregulation" wie in den USA Verbraucherschutzgesetze aufgehoben und die Tätigkeit der Verbraucherschutzbehörden eingeschränkt wird. CDU-Sprüche wie: "Die beste Verbraucherpolitik ist eine funktionierende soziale Marktwirtschaft!" werden in Zukunft notwendige verbraucherpolitische Maßnahmen ersetzen.

Die SPD wird entsprechend dem Beschluß des Münchener Parteitages dafür sorgen, daß drohende Schädigungen der Verbraucher abgewendet und Verbraucherinteressen frühzeitig und angemessen bei allen verbraucherrelevanten Entscheidungen berücksichtigt werden. Es muß verhindert werden, daß wieder ein Reformstau wie vor 1969 entsteht.

(-/29.9.1982/ks/ca)

+ + +



Ein unheimlich starker Abgang

Auf und ab der hessischen F.D.P. in knapp vier Jahrzehnten

Von Heinrich Klein MdB

Sprecher der SPD-Landesgruppe Hessen

Mit einem mageren 3,1 prozentigen F.D.P.-Anteil haben sich die Liberalen am letzten Sonntag aus der hessischen Landespolitik verabschiedet. Einige westdeutsche Landtage mußten schon in den letzten Jahren auf die Mitarbeit der Liberalen verzichten. Vier Jahre lang gab es keine F.D.P. im niedersächsischen Landtag. In Hamburg verfehlte die F.D.P. zum zweiten Male den Einzug in die Bürgerschaft. Gegenwärtig hat der Landtag von Nordrhein-Westfalen keine F.D.P.-Fraktion.

Während in Nordrhein-Westfalen und Hamburg die Genscher-Partei den Einzug ins Parlament nur knapp verfehlte, wurde die F.D.P. am 26. September in Hessen deutlich vom Platz gewiesen. Die 3,1 Prozent markieren das mit Abstand schlechteste Ergebnis, das die F.D.P. jemals bei einer Landtagswahl erzielte. Es war ein unheimlich starker Abgang.

Der Verlust der Landtagsmandate trifft die F.D.P. in einem Bundesland, das nach Baden-Württemberg als ein Stammland der Liberalen angesehen werden kann. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern mußte die hessische F.D.P. bisher noch nie um ihre Landtags-Existenz bangen. Es gab Legislaturperioden, in denen die F.D.P. ein beachtlicher Faktor im Landesparlament war, wie die folgende Übersicht beweist:

F.D.P.-Anteile in Hessen

Landtagswahl 1946	15,7 Prozent
" 1950	31,8 Prozent)*
" 1954	20,5 Prozent
" 1958	9,5 Prozent
" 1962	11,5 Prozent
" 1966	10,4 Prozent
" 1970	10,1 Prozent
" 1974	7,4 Prozent
" 1978	6,6 Prozent
" 1982	3,1 Prozent

)* 1950 bestand ein Wahlbündnis zwischen F.D.P. und BHE

Im Jahre 1950 war die F.D.P. - mit der Flüchtlingspartei BHE in einem Wahlabkommen gebunden - sogar zweitstärkste Landtagspartei. Die CDU erhielt damals in Hessen ganze 18,8 Prozent, die SPD kam auf 44,8 Prozent und konnte dank eines die stärkste Partei begünstigenden Wahlverfahrens die absolute Mehrheit der Mandate gewinnen.

Die F.D.P. der 50er Jahre war vor allem in Nordhessen eine starke politische Kraft. Sie gewann Landtagsmandate direkt, stellte Landräte und Oberbürgermeister und verkörperte in vielen ihrer Repräsentanten die liberale Tradition Hessens, des Landes der Paulskirche.

Der Niedergang der hessischen F.D.P. ist sicherlich durch die Bonner Ereignisse nachhaltig beeinflußt worden. Aber auch ohne den Bruch der Bonner Koalition hätte die



F.D.P. mit großer Wahrscheinlichkeit bei der jüngsten Wahl Stimmen verloren. Seit vielen Jahren ist die Reputation der hessischen F.D.P. bei mittelständischen Wählerkreisen im Schwinden. Während in den 50er Jahren gestandene Liberale wie Oswald Kohut oder Ernst Schröder, Männer mit persönlicher Ausstrahlung und starkem Ansehen, die Parteirepräsentanten, geriet die Führung der hessischen F.D.P. im letzten Jahrzehnt mehr in die Hände von karrierebewußten Managern vom Schlage eines Klaus Jürgen Hoffie. Gerade Hoffie drängte seit 1977 die hessische F.D.P. mehr und mehr an die Seite der CDU, brachte kommunale Koalitionen mit der Union zustande, obwohl die parlamentarische Plattform auch für eine Zusammenarbeit mit der SPD ausreichend war. Klaus Jürgen Hoffie war der maßgebliche Vorbereiter des Darmstädter Beschlusses vom 17. Juni 1982. Er brachte schließlich auch den eher abwartenden und SPD-geneigten Landesvorsitzenden der F.D.P. Eikehart Gries auf seine Linie.

Die vernichtende F.D.P.-Lage in Hessen ist sicherlich vorrangig eine Absage an die trüben Machenschaften Genschers in Bonn. Sie ist aber auch eine Quittung der Wähler für das ebenso perfide Verhalten eines Teils der hessischen Liberalen.

Seit dem 17. Juni 1982 verlor die hessische F.D.P. viele aktive Mitstreiter in Parteifunktionen oder in kommunalen Gremien. Nach dem Bonner Schwenk Genschers zur Union setzte sich die Entwicklung dramatisch fort. Langjährige F.D.P.-Mitglieder erklärten öffentlich ihren Austritt mit dem Bemerkens, sie wollten ihren guten Namen nicht mit dem ramponierten Image der F.D.P. in Verbindung gebracht sehen. Es gab F.D.P.-Mitglieder und -Funktionäre, die am Wahlabend bekannten, sie hätten dieses Mal ihre eigene Partei nicht gewählt. Mit Vertrauensentzug wollten sie der hessischen und der Bonner F.D.P.-Spitze bedeuten, wie wenig man von dem Bruch eines Versprechens hält. Immer wieder klang auch vor und nach dem Wahltag an, man werde es Genscher spüren lassen, wenn er traditionelle liberale Werte wie Verlässlichkeit, Berechenbarkeit und Vertrauen dem Opportunismus opfere.

Ob ein neuer F.D.P.-Landesvorstand, der an die Stelle des jetzt zurückgetretenen Führungsgremiums kommen soll, das Ansehen der hessischen Liberalen wieder in angemessener Zeit herstellen kann, ist fraglich. Mit einem gescheiterten Minister Klaus Jürgen Hoffie, der schon lange den Landesvorsitz ansteuert, ist Vertrauen gewiß nicht zurückzuholen.

"Wir schaffen den Wechsel" plakatierte die hessische F.D.P. Wochen vor der Wahl. Wehmütig drehte ein gescheiterter Landtagskandidat am Wahlabend die Losung um: "Der Wechsel hat uns geschafft." Und ein anderer meinte: "Wer zu oft wechselt, wird vom Wähler ausgewechselt."
(-/29.9.1982/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

In einer umfangreichen Ausarbeitung hat der Politik-Wissenschaftler Peter von Oertzen, der auch Mitglied des SPD-Parteivorstandes ist, die politischen Möglichkeiten und Gefahren der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik untersucht. Wir dokumentieren den Text in mehreren Teilen. Der Beitrag ist geschlossen in dem Buch "Prinzipien, Ökopax - die neue Kraft", Verlag Olle & Wolter, 14,80 DM, erschienen.

Realität und Utopie (Teil II)Inhaltliche Positionen grün/alternativer Politik

Für die Skizzierung der zentralen politischen Position der grün/alternativen "Partei" bieten die vier Leitbegriffe des Programms der Bundespartei "Die Grünen" einen brauchbaren Leitfaden: "ökologisch", "basisdemokratisch", "sozial", "gewaltfrei".

+ Die grün/alternative "Kritik der politischen Ökologie", das heißt die Grundtendenz des grün/alternativen Wirtschafts- und Sozialprogramms richtet sich:

- Gegen das durch den erbarmungslosen Konkurrenzmechanismus - zwischen Unternehmungen und zwischen Menschen - erzwungene ungehemmte (Güter-)Wachstum.
- Gegen die durch bloß betriebswirtschaftliche (und nicht gesamtgesellschaftliche) Rationalität und rein erwerbswirtschaftliches Verhalten bedingte Ressourcenverschwendung und Umweltzerstörung.
- Gegen die weitere Entmenschlichung der Arbeit in der Industriegesellschaft und gegen die Degradierung der Werktätigen zu bloßen Anhängseln von Maschinen oder Systemen (etwa modernen Informationssystemen).

Die der herrschenden (kapitalistischen) Industriegesellschaft entgegengesetzten ökologischen Wirtschaftsvorstellungen ("ökologische Kreislaufwirtschaft" und sofort) sind, so undeutlich sie im einzelnen auch formuliert sein mögen, auf jeden Fall an den konkreten Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht an Absatzchancen oder Gewinnerwartungen. Sie sind - marxistisch gesprochen - gebrauchswertorientiert und nicht tauschwertorientiert. Sie sind objektiv antikapitalistisch. Anders ausgedrückt: Eine ökologisch orientierte Wirtschaft kann nicht im Bündnis mit dem Kapitalismus, sondern nur im Kampf gegen ihn verwirklicht werden.

- + Die basisdemokratischen, auf strikten Respekt vor den Rechten der Individuen ausgerichteten, auf Schutz der Bürger vor allmächtigen Bürokratien bedachten programmatischen Forderungen der Grün/Alternativen richten sich in der Konsequenz gegen jede soziale und politische Privilegierung und damit objektiv gegen jede Form der Klassenherrschaft. Die radikal-demokratischen Grundsätze der Grün/Alternativen, etwa kompromißlos auf Wirtschaft und Betrieb angewendet, müßten eine umfassende Arbeiterselbstverwaltung zur Folge haben. Im Grunde richtet sich die basisdemokratische Tendenz des grün/alternativen Programms gegen eine Form der Arbeitsteilung, in der die gesellschaftlichen Leitungsfunktionen einer hierarchisch abgehobenen, privilegierten, bürokratischen "politischen Klasse" vorbehalten bleiben.
- + Die sozio-kulturellen Vorstellungen des grün/alternativen Programms - und die ansatzweise praktizierten neuen sozialen Verhaltensweisen - richten sich direkt oder indirekt alle gegen jene Normen, Regeln und Verhaltensweisen, die zu einem erheblichen Teil von der kapitalistischen Industriegesellschaft hervorgebracht und nicht zuletzt zum Zweck ihrer Aufrechterhaltung immer aufs neue den Menschen eingeprägt werden: Konkurrenz statt Solidarität, Ober- und Unterordnung statt gleichberechtigter Zusammenarbeit, Arbeit und Konsum als Selbstzweck, statt als organischer Bestandteil sinnvollen Lebens, die Unterdrückung spontaner, emotionaler menschlicher Regungen, kurz: "Haben" statt "Sein" als Lebenssinn.
- + Die Bedeutung der Forderung nach "gewaltfreiem" Verhalten geht weit über den Bereich der internationalen Beziehungen und der Verteidigung hinaus; sie umschließt unter anderem die prinzipielle Absage an gewaltsame Formen der innergesellschaftlichen Auseinandersetzung, also auch die Absage an die klassische Überlieferung gewaltsamer



Revolution. Sie richtet sich darüber hinaus ganz allgemein gegen die strukturelle Gewalt in Gesellschaft und Staat; sie richtet sich gegen Zentralismus, Bürokratie und das Auswuchern des staatlichen Gewaltapparates; sie ist in der Konsequenz ein Plädoyer für die Grundsätze der sozialen Selbstregulierung und der Subsidiarität, für Föderalismus, Dezentralisierung und Selbstverwaltung.

Diese Zusammenfassung der inhaltlichen Positionen grün/alternativer Politik täuscht freilich eine Einheitlichkeit und Geschlossenheit vor, die das wirkliche Programm der grün/alternativen "Partei" durchaus (noch) nicht besitzt:

- + Hauptmangel der grün/alternativen Politik ist, daß es ein umfassendes Konzept für diese Politik - einen durchdachten und akzeptierten Zusammenhang von Programm, Strategie, Taktik und Organisation eigentlich überhaupt noch nicht gibt - angesichts der relativen Jugend der grün/alternativen "Partei" auch noch nicht geben kann.
- + Schwächen liegen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik: Das Wachstumsproblem wird noch allzu oft unter der oberflächlichen Alternative: Wachstum ja oder nein? abgehandelt. Über der prinzipiell berechtigten Polemik gegen angebliche "Sachzwänge" wird nicht selten übersehen, daß es ungeachtet aller mit diesem Begriff betriebenen Mißbräuche tatsächliche Sachzwänge gibt - objektive von unserem politischen Handeln relativ unabhängige Gegebenheiten, die allenfalls in längerer Frist geändert werden können. Zum Beispiel die extreme Exportabhängigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft: 30 Prozent unseres Sozialprodukts werden ausgeführt; Vorbedingung dafür ist, die wissenschaftliche, technische und betriebswirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich. Technisierung und Rationalisierung sind dafür unentbehrlich. Eine Verringerung des Exportanteils von nur fünf Prozent ohne entsprechende Ausweitung des inneren Marktes (wie?) würde eine zusätzliche Arbeitslosigkeit von eins bis eineinhalb Millionen zur Folge haben. Und die im Kampf gegen die bereits vorhandene strukturelle Arbeitslosigkeit zwingend erforderliche Arbeitszeitverkürzung wirft eine Fülle schwierigster ökonomischer, sozialpolitischer, rechtlicher und psychologisch-politischer Probleme auf.
- + Die "basisdemokratische" Kritik am zentralisierten, bürokratisierten Staat und an seinem gewaltförmigen Verhalten, die auf einem tiefen, aus mancherlei realen Erfahrungen sich nährenden Mißtrauen beruht, verkennt oftmals die Notwendigkeit der staatlichen Autorität in einer von Klassen und Interessengegensätzen so zerklüfteten Gesellschaft wie der unseren. Bei aller ihrer Mißbrauchbarkeit sind das Gewaltmonopol des Staates und die unangefochtene Herrschaft des gesetzten Rechtes unverzichtbare Grundlagen eines Minimums an innerem Frieden. Wer im Kampf gegen konkretes Unrecht - das durchaus die Form geltenden Rechts haben kann (etwa der "Hausfrieden" in einem zum Spekulationsobjekt verkommenen leerstehenden Gebäude) - diese Einsicht verdunkelt, bahnt einer Entwicklung den Weg, deren erstes Opfer die grün/alternative Bewegung selber sein würde.
- + Auch die - im Prinzip bestechende - Idee einer grundsätzlich gewaltfreien Außenpolitik bedarf noch gründlicher, konkreter und die historische Erfahrung einbeziehender Diskussionen. Das Konzept der "sozialen Verteidigung" zum Beispiel kann kaum überzeugend entwickelt werden, ohne den vergeblichen Bürgerwiderstand in der CSSR 1968/69 oder die Entwicklung der polnischen Gewerkschaft "Solidarität" seit dem Dezember 1981 zu berücksichtigen.
- + Daß die grün/alternative Bewegung - und damit auch größtenteils ihre "Partei" - bisher weitgehend eine "Überbaubewegung" gewesen ist, getragen von Werktätigen der Dienstleistungssektoren, nicht selten aus dem öffentlichen Dienst, ist oft genug und nicht ohne Häme moniert worden. Nichtsdestoweniger ist diese Kritik nicht unberechtigt: Keine noch so progressistische SPD-Landtags- oder Kommunalfraktion zählt so viele Lehrer zu ihren Mitgliedern, wie die neuen grünen Landtagsfraktionen in Niedersachsen und Hamburg; und die Kritik am "Wachstumsfetischismus" der Arbeiterbewegung aus dem Munde von pensionsberechtigten Staatsbeamten hat gelegentlich schon etwas Peinliches. Daß sich hinter Naturschutzappellen oder Plädoyers für die Rückkehr zur Dorfschule höchst konkrete Mittelklasseninteressen verbergen können, wird man im Ernst auch kaum leugnen können. Ebenso wenig freilich sollte man übersehen, daß in einigen Regionen und Sektoren der grün/alternativen "Partei" ernsthafte programmatische und organisatorische Anstrengungen unternommen werden, um diese soziale Einseitigkeit zu überwinden und den politischen Wirkungsbereich der Partei auch auf die Produktionssektoren, insbesondere auf die dort tätigen gewerkschaftlichen organisierten Arbeitnehmer auszudehnen.

(-/29.9.1982/ks/ca)

(Fortsetzung folgt)

+ + +